

Planungsverband streicht Flächen für Windenergie

Alleine im Landkreis Regen 22 Gebiete aus der Liste genommen – Keine Änderung für Waldkirchen und Kirchdorf

Deggendorf. Die für Windenergieerzeugung reservierten Flächen im Gebiet des Planungsverbands Donau-Wald sind deutlich reduziert worden. Die gestern in Deggendorf vom Planungsausschuss verabschiedete Fortschreibung des Regionalplans sieht nur noch 32 sogenannte Vorrang- und 28 Vorbehaltsgebiete vor – gegenüber 62 und 28 in der ersten Fassung. Für weitere Reduzierungen sah der Verbandsvorsitzende, der Strau-

binger Landrat Alfons Reisinger, keine Spielräume mehr. 92 Prozent des Verbandsgebiets seien ohnehin freigehalten: „Dort ist Windenergie kein Thema.“ Der Regionale Planungsverband Donau-Wald erstreckt sich über die Landkreise Deggendorf, Regen, Passau, Freyung-Grafenau und Straubing-Bogen sowie die kreisfreien Städte Passau und Straubing. Die Vorranggebiete für Windkraft wurden insgesamt von 7200 auf 4300 Hektar reduziert, die Vorbehaltsgebiete

von 4100 auf 2400. Im Anhörungsverfahren gab es etliche Rückmeldungen aus den Kommunen, wie Jürgen Schmauß von der Regierung von Niederbayern erläuterte: „Da war alles dabei, von Begeisterung und Euphorie bis zur kategorischen Ablehnung.“ Man habe versucht, alle Strömungen aufzugreifen.

Allein im Landkreis Regen wurden 22 mögliche Windkraftgebiete gestrichen. „Regen und Straubing-

Bogen tragen die Hauptlast“, kommentierte Deggendorfs Landrat Christian Bernreiter die neue Verteilungskarte. Nicht durchsetzen konnten sich Regens Landrat Michael Adam und der Bischofsmäuser Bürgermeister Walter Nirschl, ein Vorranggebiet bei Kirchdorf im Wald aus der Liste zu streichen. Die ins Feld geführten Artenschutz-Bedenken stellten für die Juristen kein ausreichendes Ausschlusskriterium dar, mit großer Mehrheit lehnte die Versammlung

den Regener Antrag ab. Ebenso fiel auch der Antrag von Waldkirchens Bürgermeister Josef Höppler durch, der für das Vorranggebiet in seiner Stadt ein erneutes Anhörungsverfahren durchführen lassen wollte. Durchsetzen konnten sich Adam und Nirschl aber mit ihrer Forderung, den Puffer um den Nationalpark von drei auf einen Kilometer zu begrenzen. Auf Hinweis von Bernreiter wurde das Ruselfeld wegen der touristischen Nutzung ausgenommen. – wet